
FDP Main-Kinzig

FDP BESUCHT KOMMUNALES CENTER FÜR ARBEIT

28.09.2018

50.000 Menschen in Lohn und Brot gebracht

- FDP besucht Kommunales Center für Arbeit

„Die Betreuung von Langzeitarbeitslosen ist mehr als nur eine reine Vermittlung. Das KCA leistet hervorragende Arbeit und ist deshalb so wichtig für unsere Region“, weiß der ehrenamtliche Kreisbeigeordnete und ehemalige Stadtrat der Stadt Hanau, Dr. Ralf-Rainer Piesold.

Gemeinsam mit dem Vorsitzenden der FDP Hanau, Henrik Statz, besuchten der Fraktionsvorsitzende der FDP-Kreistagsfraktion, Kolja Saß, und der ehrenamtliche Kreisbeigeordnete, Dr. Ralf-Rainer Piesold, das kommunale Center für Arbeit in Hanau. Grund waren auch die Veränderungen, die durch den etwaigen HUXIT der Stadt Hanau entstehen könnten.

Die Erste Kreisbeigeordnete und Vize-Landrätin, Susanne Simmler (SPD), und dem Vorstand des KCA, Michael Krumbe, berichteten über die Arbeit und die Entwicklung des KCA in den vergangenen Jahren.

„Das KCA und die AQA sind nicht nur wesentliche Bausteine in der Sozialpolitik des Main-Kinzig-Kreises, hierbei handelt es sich auch um eine bundesweite Erfolgsstory, die hier ihren Ursprung genommen hat. Dies gilt es zu schützen. Hier muss, für den Fall des HUXIT, in den Verhandlungen mit der Stadt Hanau, dringend dafür gesorgt werden, dass das KCA und AQA eher gestärkt als geschwächt werden“, so Saß.

Der Hanauer FDP-Vorsitzende Henrik Statz meint dazu: „Wie zukünftig Langzeitarbeitslose in Hanau ganzheitlich betreut, zukunftsorientiert qualifiziert und vermittelt werden, wird ein wichtiger Schlüsselfaktor sein, um die angestrebte Kreisfreiheit

Hanaus zum Erfolg zu machen. Die Stadt ist in den letzten Jahren in vielerlei Hinsicht über sich hinausgewachsen und hat sich spürbar nach vorne gebracht. Jetzt gilt es durch einen bedachten Strukturaufbau auch die mitzunehmen, die von der positiven Entwicklung ihrer Stadt noch nicht in ausreichendem Maße profitieren konnten.“

Einig waren sich alle Teilnehmer darin, dass der ehemalige Landrat Erich Pipa als Vater des KCA bezeichnet werden kann und die Idee „Fördern und Fordern“ mit dem damaligen hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch (CDU) und dem FDP-Bundesgeneralsekretär Dirk Niebel auf der Bundes- als auch Landesebene durchgesetzt hat.

2005 hat der Main-Kinzig-Kreis mit 68 weiteren Kommunen den Status einer Optionskommune erhalten. Die Anzahl der Kommunen wurde 2010 durch einen Bundesratsbeschluss auf 110 erhöht. Der Main-Kinzig-Kreis war von Anfang an dabei und hat nun seit 13 Jahren die Möglichkeit erhalten, alleiniger Träger der Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II und damit auch der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II zu sein.

„Den Erfolg dieser modernen Strukturen kann man auch wahrnehmen. Eine Sozialpolitik vor Ort kann einfach erfolgreicher sein“, hob der Geschäftsführer des KCA, Michael Krumbe, hervor und betonte: „Seit 2010 sind in etwa 50.000 Menschen wieder in den Arbeitsmarkt vermittelt worden. Da dies nur über eine Qualifizierung möglich ist, ist die Kombination KCA mit der eigenen AQA, die seit 1995 besteht, ein Glücksfall gewesen.“

Im KCA arbeiteten heute 400 Mitarbeiter. In der AQA sind es 130 Mitarbeiter. Von diesen entfallen auf das Gebiet der Stadt Hanau ca. ein Anteil von 40%. Dies bedeutet, dass sich rund 210 Mitarbeiter um die Langzeitarbeitslosen in Hanau kümmern.

Der jährliche Aufwand für die Arbeit des KCA beträgt aktuell für den gesamten Main-Kinzig-Kreis 190 Mio. Euro. Für den Bereich der Stadt Hanau entfallen dabei 76 Mio. Euro. Der Anteil, den die Kommunen dabei tragen müssen, beläuft sich für den gesamten Kreis auf 52,5 Mio. Euro. Der Hanauer Anteil beziffert sich auf 21 Mio. Euro.

„Dieser Betrag müsste bei einem etwaigen HUXIT auf jeden Fall von der Stadt Hanau getragen werden. Da für eine erfolgreiche Arbeitsmarkteingliederung Arbeitsgelegenheiten notwendig sind, kann man froh sein, dass es im gesamten Main-Kinzig-Kreis 494 Einsatzträger gibt. In Hanau sind es 116 unterschiedliche Einsatzträger“,

stellt Kolja Saß fest.

„Für die Bewertung der Leistungsfähigkeit dürfen nicht nur konjunkturstarke Wirtschaftsjahre herangezogen werden. Rezessionsjahre sind bei der Betrachtung mindestens ebenso wichtig, denn in denen ist die Arbeitslosigkeit deutlich höher. Durch die höhere Arbeitslosigkeit entsteht wiederum ein erhöhter Bedarf an Sozialleistungen. Schon in 4 bis 5 Jahren kann sich die Situation vollkommen ändern“, meint der ehemalige Wirtschaftsdezernent der Stadt Hanau und verweist beispielhaft auf das Jahr 2007.

„Ob Hanau nach einer Ausgliederung aus dem MKK noch eine Optionskommune im Sinne des KCA werden kann ist eher unsicher. Somit kann auch aktuell nicht davon ausgegangen werden, dass die KCA-Anteile überhaupt auf die Stadt Hanau übergehen könnten. Immerhin ist die letzte Aufstockung der Optionskommunen fast acht Jahre her“, stellt Dr. Piesold fest und ergänzt: „Aktuell gibt es eine Warteliste und zudem wäre ein Bundesrats- und Bundestagsbeschluss notwendig.“

Einig waren sich alle Beteiligten, dass die Frage nach der Zukunft des KCA's und der AQA GmbH unbedingt vor einem HUXIT geklärt werden müsse. „Tausende von Menschen werden in schwierigen Lagen betreut, weitergebildet und vermittelt. Das KCA ist ein großer Gewinn für die gesamte Region. Daher muss auch die Zukunft des KCAs dringend vollumfänglich geplant werden und die Lösungsvorschläge vollumfassend politisch und juristisch geprüft sein. Hier darf man sich keine Fehler erlauben“, macht Kolja Saß die Meinung der FDP-Kreistagsfraktion deutlich und wird vom Landtagskandidaten der FDP Main-Kinzig, Thomas Schäfer dabei unterstützt: „Wichtig ist insbesondere, dass aufgrund der Kreisfreiheit Hanaus keine Beschäftigten im KCA oder der AQA ihre Arbeit verlieren. Kreis und Stadt Hanau sind gefordert, die Interessen der Mitarbeiter im KCA angemessen zu berücksichtigen.“